

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Inhaltsübersicht</i>	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	LIX

Teil 1 Einführung

A. Kapitaldelinquenz in der Bundesrepublik Deutschland	1
I. Fakten und Zahlen	1
II. Dunkelziffer	3
1. Leichenschau	4
2. Verschleierte Kindestötungen	5
3. Unentdeckte Patiententötungen	6
4. Als Suizide verkannte Tötungsdelikte	7
5. Als Unfälle fehlgedeutete Morde	8
6. Vermisstenfälle	8
III. Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten	11
IV. Charakteristische Tötungsdelikte	12
1. Beziehungstaten	12
2. Zweikämpfe und Schlägereien mit tödlichem Ausgang	14
3. Bewaffnete Überfälle und Einbrüche mit Todesopfern	16
4. Bluttaten im Namen der Ehre	17
a) Ehrenmorde	19
b) Blutrache	21
5. Kinder als Opfer von Mord und Totschlag	22
a) Sexualmorde an Kindern	22
b) Totgeprügelte Kinder	23
c) Schütteltrauma-Fälle	24
d) Kindestötung durch die Mutter nach der Geburt	25
e) Unvollendete oder misslungene Mitnahmesuizide	27
f) Kindestötung als Straf- oder Vergeltungsaktion	29
g) Eltern, die ihre Kinder verhungern oder verdursten lassen	29
6. Angriffe alkoholisierter Gewalttäter	30
a) „Sinnlose“ Gewalt durch alkoholisierte Schläger	31
b) Gewalthandlungen unter Zechbrüdern	31
7. Drogeninduzierte Tötungsdelikte	33

8. Gewalttaten psychisch gestörter Täter	35
9. Politisch motivierte Gewalttaten	37
V. Verurteilungsmaßstab	38
VI. Absprachen in Schwurgerichtsverfahren	43
B. Kapitalstrafrecht und Kriminalpolitik	44
I. Gesetzgebung	44
1. Keine Reform der vorsätzlichen Tötungsdelikte	44
2. Das Recht der Sicherungsverwahrung (SV)	44
3. Sonstige Gesetzesänderungen mit Bezug zum Kapitalstrafrecht	45
II. Ausbau von Opferrechten	46
III. Neuere Rechtsprechungstendenzen	47
1. Vollstreckungslösung bei konventionswidriger Verzögerung	47
2. Keine Strafrahmenverschiebung bei selbstverschuldeter Trunkenheit	47
3. Keine unbedingte Unverwertbarkeit bei fehlender qualifizierter Belehrung	47
4. Keine Entlastungsmöglichkeit durch freiwilligen Polygraphentest	48
5. Keine Strafbarkeit erbetener Sterbehilfe durch Behandlungsabbruch	48
IV. Reformbestrebungen	49
1. Überlegungen zur weiteren Verschärfung von Jugendstrafen	49
2. Härtere Strafen für Hassdelikte	49
3. DNA-Wiederaufnahme zuungunsten Freigesprochener?	49
C. Spezifische Erkenntnisprobleme bei Tötungsdelikten	50
D. Befähigung zur Verteidigung in Kapitalstrafsachen	54
E. Rechtstatsachen zur Effizienz des Pflichtverteidigers	59

Teil 2

Der Tod und seine strafrechtliche Zurechnung

A. Todesbegriff	62
I. Menschenleben	62
II. Todeseintritt	63
III. Selbsttötung im Strafrecht	65
1. Selbstgefährdung, Selbstschädigung und Selbsttötung	65
2. Tatbestandslosigkeit der „Beteiligung“ an Selbsttötungen	66

a) Der Gedanke der eigenverantwortlichen Risiküübernahme	66
b) Abgrenzung zur strafbaren Fremdschädigung	66
B. Todesursächlichkeit einer Handlung	68
I. Der strafrechtlich maßgebende Ursachenbegriff	68
1. Condicio-sine-qua-non-Formel	68
2. Doppelkausalität	69
3. Lehre der objektiven Zurechnung	69
4. Naturwissenschaftliche Erkenntnisse	69
II. Eigenhändige aktive Todesverursachung	70
1. Objektiv unklarer Ursachenzusammenhang	70
2. Hypothetische Alternativursachen	71
3. Naturwissenschaftliche „Restzweifel“ und der „in dubio“- Grundsatz	73
III. Kausalität bei mehraktigem Vorgehen	74
IV. Unaufklärbarkeit bei Mittätern und Zweifelssatz	75
V. Ursachenzusammenhang bei Hinzutreten Dritter	75
VI. Todesverursachung durch Unterlassen	75

Teil 3

Grundzüge des materiellen Kapitalstrafrechts

A. Lebenslange Freiheitsstrafe	77
I. Rechtstatsachen	77
II. Tötungsdelikte mit „Lebenslang“ als Strafandrohung	78
III. Absolute Strafandrohung und die Rechtsfolgenlösung des BGH	79
IV. Urteil und Vollstreckungsdauer	81
1. Zusammentreffen mehrerer lebenslanger Freiheitsstrafen . . .	81
2. LL und rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung	81
3. Besondere Schuldschwere, § 57a StGB	81
4. Feststellungspflicht zur Schuldschwere im Erkenntnisver- fahren	83
a) Beurteilungsparameter	84
aa) Gesamtwürdigung von Täterpersönlichkeit und Tat- geschehen	84
bb) Schulderschwerende Umstände	85
cc) Entgegenstehende Umstände	86
b) Gesamtstrafe	87
c) Härteausgleich für erledigte ursprünglich gesamtstrafen- fähige Vorstrafen	88
d) Beurteilungsspielraum	88

e) Verteidigungsanstrengungen zur Frage der Schuldschwere	88
f) Isolierte Anfechtbarkeit der Schuldschwerfest- stellung	89
5. Überprüfung durch die StVK als Vollstreckungsgericht	89
a) Die Regelüberprüfung	89
b) Die Altfälle	90
B. Natürliche Handlungseinheit bei Tötungsdelikten	91
I. Natürliche Handlungseinheit bei mehreren Tatopfern	92
1. Tatmehrheit bei höchstpersönlichen Rechtsgütern	92
2. Ausnahmefälle	92
II. Natürliche Handlungseinheit bei mehraktigem Tatgeschehen ...	94
III. Tatrichterlicher Beurteilungsspielraum	96
C. Dogmatischer Dissens um Mord und Totschlag	96
I. Die Rechtsprechung ignoriert Lehre und Schrifttum	96
II. Die praktischen Konsequenzen	96
1. Problem der disgruenten Tatbeteiligung	97
a) Mittäterschaft bei Mord und Totschlag	97
b) Beihilfe und Anstiftung	97
2. Unanwendbarkeit des § 213 StGB in Mordfällen	99
3. Hinweispflicht bei Tatbestandswechsel	100
4. Einschränkung hinsichtlich § 154a StPO	100
D. Tötungsvorsatz bei Mord und Totschlag	101
I. Die Formen und Strukturelemente des Tötungsvorsatzes	101
1. Zeitpunkt der Tatbegehung	101
2. Das Wissens- und das Willenselement als Vorsatz- komponenten	102
3. Formen des Tötungsvorsatzes	102
a) Dolus directus 1. Grades	102
b) Dolus directus 2. Grades	102
c) Bedingter Tötungsvorsatz	103
4. Abgrenzungserfordernis	103
a) Lebensgefährdungsvorsatz	104
b) Körperverletzungsvorsatz	104
II. Die „Hemmschwellen“-Theorie des BGH	106
1. Anwendungsbereich	106
2. Feststellungen zum Tötungsvorsatz mittels Indikatoren	106
3. Die Indizwirkung der Gefährlichkeit	107
4. Berücksichtigung der menschlichen Tötungshemm- schwelle	108

5. Strenge Anforderungen an die Darlegungspflicht des Tatrichters	108
6. Zur Gesamtschau aller objektiven und subjektiven Tatumstände	110
a) Objektive Tatumstände	110
b) Individueller Beurteilungsmaßstab	111
c) Persönlichkeit des Täters	111
d) Vorleben des Täters	112
e) Beziehung des Täters zum Opfer	112
f) Die Beweggründe des Täters	112
aa) Motivlage	112
bb) Interessenlage	113
g) Äußerungen des Täters vor, bei oder nach der Tat	113
h) Unüberlegte Spontantaten	116
i) Psychische Verfassung	116
j) Gewalttaten unter Alkohol-, Medikamenten- und Drogen- einfluss	116
k) Affektive Erregung	117
l) Gruppendynamik	117
m) Nachtatverhalten	117
aa) Aufrichtige Reue	117
bb) Zusammenbrechen beim Erhalt der Todesnachricht	117
cc) Sorge und Rettungsbemühungen	118
dd) Verlassen des Tatorts	118
ee) Zurücklassen des Opfers bei Minusgraden	118
7. Beurteilungsspielraum des Tatrichters	120
8. Auswirkungen der Hemmschwellen-Lehre auf den Schwurgerichtsalltag	120
III. „Klassische“ Angriffsformen im Licht der BGH-Rechtsprechung	123
1. Verschluss der Atemwege (Ersticken)	123
a) Komprimierende Gewalt gegen den Hals (Würgen und Drosseln)	123
aa) Würgeangriff mit bloßen Händen	123
bb) Täter unter Drogeneinfluss	125
cc) Affekttäter und Täter mit hoher BAK	125
b) Abdecken der Atemwege	126
aa) Säuglingstod durch Ersticken	126
bb) Ersticken durch Knebel, Klebebänder, Stoff- oder Plastiktüten	127
cc) Aufdrücken eines Kissens	128
dd) Drücken des Gesichts auf eine Decke	128

c)	Behinderung der Atmung durch Kompression des Brustkorbs	129
2.	Schläge oder Hiebe mit gefährlichen Werkzeugen	129
a)	„Totschläger“, Stahlrute oder Teleskopschlagstock als Tatwerkzeug	129
b)	Baseballschläger	130
c)	Zuschlagen mit Metallstange, „Kuhfuß“ oder Metallrohr	131
d)	Hammerschläge	131
e)	Zertrümmern gefüllter Glasflaschen auf dem Kopf	132
f)	Wuchtiges Zuschlagen mit einem Barhocker	133
g)	Traktieren mit einer schweren Schaufel	133
3.	Angriffe mit Schnitt- und Stichwerkzeugen	134
a)	Messerattacken	134
aa)	Abgrenzung zu reinen Bedrohungshandlungen	134
bb)	Abgrenzung zur bewussten Fahrlässigkeit	134
cc)	Allgemeine Beurteilungsparameter	134
dd)	Vorsatzwechsel	140
ee)	Vorsatzfrage bei Mittäterschaft	140
ff)	Verschiedene messerartige Tatwerkzeuge	140
b)	Schraubendreher	143
c)	Zustechen mit einer Glasscherbe	143
4.	Lebensgefährliche Wurfgeschosse	143
a)	Schleudern eines Beils	143
b)	Schleudern eines schweren Aschenbechers	144
5.	Gewaltangriffe mittels Fußtritten	144
a)	Typische Verletzungsbilder	145
b)	Zielrichtung der Fußtritte	146
aa)	Wichtige Fußtritte gegen den Kopf	146
bb)	Fußtritte gegen Hals und Rumpf	146
cc)	Sprung in den Rücken des bäuchlings liegenden Opfers	147
c)	Schuhwerk	148
aa)	Barfüßiges Zutreten	148
bb)	Tritte mit Turnschuhen	148
cc)	Festes Schuhwerk	148
d)	Gemeinschaftliches Zutreten	149
6.	Heftige Faustschläge gegen Kopf und Gesicht	151
7.	Schießen mit scharfer Munition	151
a)	Vorgeblich unabsichtliche Schussabgabe	152
b)	Unkontrollierte Schussabgabe	153
aa)	Umgebaute Handfeuerwaffe ohne Zielgenauigkeit	153

bb) „Blinde“ Schussabgabe aus Verärgerung	153
cc) Distanzschüsse aus der Hüfte auf Personengruppe . .	154
c) Gezieltes Schießen auf Einzelpersonen	154
d) Beschießen eines fahrenden Kfz	155
e) Fehlgegangene Schüsse auf Unbeteiligte	156
aa) Gemeingefährliche Schießübungen auf Gegenstände	156
bb) Der glücklose Kunstschütze („Armbrust-Fall“)	156
cc) Unbeabsichtigte Tötung einer Passantin	157
dd) Gefährdung Dritter durch Schießen in Notwehr	157
8. Beibringung toxischer Substanzen (Giftanschlag)	157
a) „Betäuben“ mit Schlaftabletten	157
b) Ruhigstellen eines Säuglings mit Tramadol	158
9. Gewalt gegen Kinder	158
a) Schläge und Tritte gegen Kinder	158
b) Schütteltrauma-Fälle	160
c) Mitverantwortung des passiven Partners	162
10. Anschläge mit Brandbeschleunigern	162
a) Brandanschläge auf Wohnunterkünfte	162
b) Anschlag auf Einzelperson mit flüssigem Grill- anzünder	163
11. Steinwürfe von Autobahnbrücken	164
12. Vertreiben von Mietern durch Gasexplosion	164
13. Suizidversuche unter Gefährdung oder Tötung Unbeteiligter	165
a) Herbeiführen einer Gasexplosion in Selbsttötungsabsicht	165
b) Brandlegung in Vorbereitung eines Selbstmordes	165
14. Fahrzeugführer unter Totschlagsverdacht	166
a) Verantwortungsloses gefahrenträchtiges Fahrverhalten	166
b) Geisterfahrt in Selbstmordabsicht	166
c) Mutwilliges Anfahren einer Person	166
d) Absichtliches Überrollen einer Person	167
e) Riskantes Zufahren zur Erzwingung des Fluchtweges	168
f) Mitschleifen eines Fußgängers	169
g) Versuchter „Mitnahmesuizid“ mit Pkw	170
h) Durchbrechen einer Hauswand mit Kfz	170
15. Manipulationen an Fahrzeugbremsen	171
16. Lebensgefährliche Sexualpraktiken	172
a) Tod nach gewaltsamem Einführen von Gegenständen	172
b) Herzstillstand nach sadomasochistischen Praktiken	172

17. Ansteckung Dritter mit Aids-Virus	173
a) Ungeschützter Geschlechtsverkehr	173
aa) Vorfrage des Kausalitätsnachweises	173
bb) Straflöse Teilnahme an der Selbstgefährdung des „Opfers“?	173
cc) Zweifel hinsichtlich der „Billigung“ tödlicher Folgen	173
b) Transfusionsmedizin	174
18. Beweisvermutung für Tötungsvorsatz in Blutrache- Fällen?	174
19. Patiententod durch Vertuschen eines Behandlungsfehlers . . .	175
a) Hinauszögern von Rettungsmaßnahmen aus sachfremden Motiven	175
b) Hinauszögern von Rettungsmaßnahmen aus Selbstüber- schätzung	176
IV. Zur „Hemmschwellen“-Theorie bei Unterlassungsvorwürfen . .	176
1. Tötung eines Kindes durch Vernachlässigung	177
2. Zurücklassen des Opfers einer Gewalttat	177
a) Erwartung der Selbstrettung	177
b) Zufallsrettung	178
c) Zurücklassen des Opfers bei niedrigen Außentempe- raturen	178
3. Flucht bei schwer verletztem Unfallopfer	179
a) Unklare Tätervorstellung vom Zustand des Opfers	179
b) Überzeugung fehlender Rettungschancen	180

Teil 4

Vorsätzliche Tötungsdelikte

A. Mord, § 211 StGB	181
I. Spezielle Vorsatzfragen bei Mordvorwürfen	182
II. Tatmotiv und Zweifelssatz	182
III. Die Begehungsweise als Mordmerkmal	183
1. Heimtücke	183
a) Arg- und Wehrlosigkeit des Opfers	183
aa) Definition	183
bb) Aussagekraft von Verletzungsbildern	184
cc) Generelles Misstrauen	184
dd) Längere Zeit zurückliegende Aggressionen und Tät- lichkeiten	184
ee) Eigenes aggressives Verhalten des Opfers	184
ff) Wortwechsel und feindselige Atmosphäre	184
gg) Heimtückemord „mit Vorankündigung“?	185

hh) Fehleinschätzung der Gefährlichkeit des zu erwartenden Angriffs	185
ii) Maßgeblicher Zeitpunkt	185
jj) Offene feindselige Auseinandersetzungen	185
kk) Keine konfrontative Erpressung ohne Argwohn	187
b) Ausnutzungsbewusstsein	187
aa) Grundsätzliches zur inneren Tatseite des Heimtückemordes	187
bb) Beurteilung des Ausnutzungsbewusstseins ist Rechtsfrage	188
cc) Beurteilungsspielraum	188
dd) Spontanentschluss – Augenblickstat	189
ee) Psychische Ausnahmesituation	189
ff) Alkoholisierung	191
gg) Wahrnehmungseinschränkungen durch massiven Drogeneinfluss	191
c) Irrtümliche Annahme bestehender Arglosigkeit	191
d) Fallkonstellationen zur Heimtücke-Problematik	191
aa) Steinwürfe von Autobahnbrücken	191
bb) Heimtücke gegenüber dem Zeugen eines Heimtückemordes	192
cc) Angriff auf einen Schlafenden	192
dd) Kleinkinder als Opfer	193
ee) Heimtücke gegenüber Besinnungs- oder Bewusstlosen	194
ff) Sterbehilfe	194
gg) Mitnahmeselbstmord	195
e) Strafrahmenschiebung in Heimtücke-Mordfällen	196
aa) Mord am Vergewaltiger der Ehefrau	196
bb) Tyrannen-Mord	196
cc) Lebenskrise	197
dd) Erpressungsoffer	197
2. Grausamkeit	197
a) Vorenthaltung von Nahrung und Flüssigkeit	198
b) Kriegsverbrechen	198
c) Vielzahl von Messerstichen	199
3. Gemeingefährliche Mittel	199
a) Grundsätzliches	199
b) Pistolenschüsse	200
c) Kraftfahrzeug als Tatwerkzeug	200
d) Steinwürfe von einer Autobahnbrücke	200

IV. Mordmerkmal des besonderen Tatmotivs	201
1. Niedriger Beweggrund	201
a) Grundlegendes	201
aa) Definition	201
bb) Motivbündel	201
cc) Gesamtwürdigung	202
dd) Beurteilungsspielraum	202
ee) Absehen von Höchststrafe in Ausnahmefällen	202
b) Die objektiven Voraussetzungen der „Niedrigkeit“	202
aa) Fehlen eines triftigen Grundes	202
bb) Krasses Missverhältnis zwischen Tatanlass und Tötung	203
cc) Fehlende moralische Rechtfertigung der Tat	203
dd) Tötung eines Angreifers nach Tatprovokation	203
c) Die subjektiven Voraussetzungen der „Niedrigkeit“	203
aa) Bewusstseinslage des Täters	203
bb) Beherrschbarkeit gefühlsmäßiger oder triebhafter Handlungsimpulse	204
cc) Grenz- oder Problemfälle auf der Bewusstseins- ebene des Täters	204
d) Fallkonstellationen zum niedrigen Beweggrund	207
aa) Tötung des Intimpartners in der Trennungs- phase	207
bb) Eifersucht als Triebfeder	207
cc) Kindstötung durch die Mutter bei oder nach der Nie- derkunft	207
dd) Gewalt gegen das schreiende Kleinkind	208
ee) Verdurstenlassen eines Kleinkindes aus Selbstsucht	208
ff) Politisch motivierte Angriffe auf fremdes Leben	208
gg) Tötung zur Verhinderung kompromittierender „Ent- hüllungen“	209
hh) Blutrache und Ehrenmorde	209
ii) „Grundlose“ Tötung	214
jj) Tötung aus Geltungssucht und Imponiergehabe	215
e) Grenz- und Streitfälle hinsichtlich der objektiven Tatseite	215
aa) Rache für Diskothekenrausschmiss	215
bb) Revanche für schwere Beleidigungen	215
cc) Tötung eines Belastungszeugen oder Anzeige- erstatters aus Vergeltung	216
2. Habgier	216

3. Mordlust	217
4. Zur Befriedigung des Geschlechtstriebes	217
V. Absicht des Täters als Mordmerkmal	218
1. Verdeckungsmotiv	218
a) Verdeckungsabsicht	218
b) Vereinbarkeit mit der Schuldform des bedingten Tötungs- vorsatzes	220
c) Verdeckungsmord durch Unterlassen	220
d) Zweifelssatz	221
2. Mordmotiv der Ermöglichung einer Straftat	221
VI. Wahlfeststellung	222
B. Totschlag, § 212 StGB	222
I. Totschlag als „Normalfall“ vorsätzlicher Tötung	222
II. Besonders schwere Fälle des Totschlags, § 212 Abs. 2 StGB	222
III. Minder schwere Fälle des Totschlags, § 213 StGB	224
1. Verteidigungsdilemma und Zweifelssatz	225
2. Prüfungsschema für Milderungsgründe	226
3. Totschlag als Erwiderung auf Provokationen	227
a) Art und Intensität der Provokation	228
aa) Misshandlung	228
bb) Schwere Beleidigung	228
cc) Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt	228
b) Provokationsabsicht des Opfers	229
c) Tatauslösung bei Motivbündelung	229
d) Der motivationspsychologische Zusammenhang	229
e) Ausprägung des Erregungszustands	230
f) Selbstverschuldeter Zornaffekt	230
g) Täter aus fremden Kultur- und Rechtskreisen	230
h) Provokation und § 21 StGB	231
aa) Affektbedingte Schuldverminderung	231
bb) Alkoholbedingte Schuldverminderung	231
4. Sonst minder schwere Fälle des Totschlags	231
a) Abwägung von Erschwerungs- und Milderungsgründen	231
b) Weiter Beurteilungsspielraum des Schwurgerichts	232
c) Zur Sperrwirkung des § 50 StGB	233
aa) „Verbrauch“ von Milderungsgründen gegen § 212 Abs. 2 StGB?	233
bb) „Verbrauch“ von Gründen gegen die Annahme eines Mordes?	233
d) Nicht vertypete sonstige Milderungsgründe	233
e) Vertypete Milderungsgründe	235
aa) § 21 StGB	236

bb) Beihilfe, § 27 StGB	237
cc) Versuch, § 23 StGB	237
dd) Unterlassen, § 13 StGB	237
ee) Täter-Opfer-Ausgleich (TOA), § 46a StGB	238
ff) Aufklärungshilfe, § 46b StGB	239
f) Kompensation	239
aa) Schulterhöhung trotz geistig-seelischen Ausnahme- zustands	239
bb) Zum Missverhältnis von Tatanlass und Tatfolge	241
C. Mord und Totschlag durch Unterlassen	241
I. Abgrenzung zwischen Tun und Unterlassen	241
II. Garantenstellung	241
1. Neuerung bei Garantenpflicht unter entzweiten Eheleuten	242
2. Schutzpflicht der Eltern gegenüber ihren Kindern	242
3. Strafrechtliche Verantwortlichkeit aus Ingerenz	243
4. Praxisrelevante Konstellationen	244
a) Unterlassene Rettungshandlungen	244
b) Vorangegangene Notwehrsituation	245
c) Der Arzt und sein lebensmüder Patient	245
d) Behandlungsabbruch bei unheilbar Kranken	245
e) Pflichten gegenüber lebensmüden Lebenspartnern	245
f) Keine Sonderpflicht für das Leben illegal eingereister Mitreisender	246
III. Zumutbarkeit	246
IV. Mordmerkmale beim Unterlassungstäter	246
1. Mordmerkmal des niedrigen Beweggrundes beim Unterlas- sungstäter	246
2. Mordmerkmal der Heimtücke beim Unterlassungstäter	247
V. Strafmilderung	247
VI. Alternativtatbestände	248
1. Aussetzung mit Todesfolge, § 221 I, III StGB	248
a) Versetzen in eine hilflose Lage, § 221 Abs. 1 Nr. 1 StGB	248
b) Im-Stich-Lassen in hilfloser Lage, § 221 Abs. 1 Nr. 2 StGB	249
c) Konkurrenzen	250
2. Unterlassene Hilfeleistung, § 323c StGB	250
a) Nicht erwiesene Beteiligung am Totschlag	250
b) Anwesenheit bei der Gewalttat ohne zu helfen oder zu retten	251

c) Notwehr-Fälle	251
d) Konkurrenzen	252
D. Beteiligung an Mord und Totschlag	252
I. Mittäterschaftliche Tatbegehung	252
1. Objektiver Nachweis der Verstrickung	252
2. „Übereinkunft“ zur gemeinsamen Tatbegehung	252
a) Notwendiger Tatbeitrag	252
b) „Verständigung“ bezüglich gemeinsamer Tatbegehung ..	253
c) Abgrenzung zur Beihilfe	253
d) Mittäterschaft trotz frühzeitiger Aufgabe der Mitwirkung?	254
e) Mittäterschaft durch Unterlassen?	254
f) Exzesshandlungen	254
g) Sukzessive Mittäterschaft	255
II. Beihilfe	256
1. Kein Kausalitätserfordernis der Beihilfe zur Tötung	256
2. Psychische Beihilfe	257
3. Aktive Beihilfe	258
a) Überlassen des Tatwerkzeugs	258
b) Schmiere stehen	258
4. Beihilfe durch Unterlassen	259
5. Fehlen besonderer persönlicher Merkmale	259
III. Anstiftung zu einem Tötungsdelikt	260
IV. Beteiligung an einer Schlägerei, § 231 StGB	261
V. Konkurrenzen	262
E. Tötung auf Verlangen, § 216 StGB	263
I. Grundlegendes	263
1. Tötungsverlangen	264
2. Ernsthaftigkeit des Todeswunsches	265
3. Handlungsleitendes Bestimmtwerden	265
II. Abgrenzung zur straflosen Mitwirkung an einem Selbstmord ..	266
1. Zur Tragweite des Selbsttötungsentschlusses	266
a) Freiverantwortlichkeit und Ernstlichkeit des Sterbewillens	266
b) Assistierter Suizid	266
2. „Beteiligte“ mit Garantenstatus	267
a) Bewusstes Hinnehmen der freien Suizidentscheidung durch den Garanten	267
b) Aktive Förderung des Suizids durch den Garanten	267
c) Rettungspflicht nach Bewusstlosigkeit des Schutz- befohlenen?	268

d) Zur Strafbarkeit von Garanten wegen unterlassener Hilfeleistung	269
3. Keine Straflosigkeit aktiven täterschaftlichen Handelns	269
III. Abgrenzung zur erlaubten Sterbehilfe	270
1. Das Recht auf einen würdigen Tod und das Strafrecht	270
2. Reichweite des Selbstbestimmungsrechts des Patienten	270
a) Einwilligung	270
b) Patientenverfügung	271
c) Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung	271
3. Rechtszustand im Bereich der Sterbehilfe	272
a) Indirekte Sterbehilfe	272
b) Passive Sterbehilfe	272
c) Strafbare aktive oder direkte Sterbehilfe	272
d) Der neue Rechtfertigungsgrund des „Behandlungsabbruchs“	273
F. Materiellrechtliche Sonderprobleme	273
I. Abweichung vom vorgestellten Kausalverlauf	273
II. Konkurrenzverhältnis Totschlagsversuch und Körperverletzung	274
1. Grundsatz der Tateinheit	274
2. Zweifelssatz bei mehrstufigem Vorgehen	274
3. Wahlfeststellung	275
III. Konkurrenzverhältnis bei Tötungsdelikt mit vorausgehender Bedrohung	275
IV. Strafklageverbrauch	275
G. Strafzumessung bei Mord und Totschlag	276
I. Die „Spielraum“-Theorie des BGH	276
II. Jugendstrafe bei Kapitalverbrechen	277
III. Milderung gem. § 106 Abs. 1 JGG bei Kapitalverbrechen	277
IV. Verfahrensverzögerungen im Kapitalstrafrecht	278
V. Spezielle Zumessungsfragen	279
1. Anwendbarkeit des Zweifelssatzes	279
2. „Unterstellte“ Schuldverminderung und Strafrahmenwahl	279
3. Unvertretbar harte Bestrafung	280
4. Totschlag mit Mordmerkmalen	280
5. Verstoß gegen das Doppelverwertungsverbot des § 46 Abs. 3 StGB	280
a) Ankreiden der Tatbegehung oder Tatvollendung	280
b) Unzulässige Schuldabstufung im Hinblick auf die Vorsatzform	281
c) Anlasten „normaler“ Tatumstände	281

d) Versuchstaten – Anlasten unterbliebenen Rücktritts	282
e) Berücksichtigung von in Tateinheit verwirklichtem Unrecht	282
6. Strafschärfende Berücksichtigung des Fehlens von Milderungsgründen	283
7. Strafschärfende Berücksichtigung eines strafbefreienden Rücktritts	283
8. Höchststrafe trotz Schuldverminderung	283
9. Strafe nahe der Höchstgrenze	284
10. Unzulässige Strafarithmetik in Durchschnittsfällen	284
11. Wertabstufungsverbot mit Blick auf die Lebenserwartung des Opfers	285
12. Überbewertung intensiver und brutaler Vorgehensweise	285
13. Moralisierende Erwägungen ohne Bezug zur Tatschuld	286
14. Schärfende Berücksichtigung nur „anstößigen“ Nachtatverhaltens	286
15. Täter mit besonderen Berufspflichten	286
16. Angehörige fremder Kulturkreise	287
17. Verteidigungsverhalten des Angeklagten	287
a) Fluchtversuch	287
b) Taktisches Geständnis	287
c) Fehlende Geständnisbereitschaft	288
d) Ausflüchte und fehlende Reue	288
e) Beseitigung von Spuren	289
f) Vortäuschen eigener Selbstmordversuche	289
g) Schuldverlagerung	290
aa) Belastung von Mitangeklagten, Zeugen und Außenstehenden	290
bb) Schuldzuweisungen gegenüber dem Opfer	290
18. Berücksichtigung generalpräventiver Gesichtspunkte	291
19. Zur Strafrahmensenkung bei Kindestötung durch Nahrungsentzug	291
20. Ausländerrechtliche Folgen	291
21. Berücksichtigung von Untersuchungshaft	291

Teil 5

Körperverletzung und Rausch mit Todesfolge

A. Körperverletzung mit Todesfolge, § 227 StGB	292
I. Grundlegendes	292
II. Grundtatbestand des § 227 StGB	293
1. Misshandlung oder Gesundheitsbeschädigung i.S.v. § 223 StGB	293

a)	Erheblichkeitsschwelle	293
b)	Zur straflosen Körperverletzung durch medizinische Eingriffe	293
aa)	Aufklärung und Einwilligung des Patienten	294
bb)	Mutmaßliche Einwilligung des Patienten als Rechtfertigungsgrund	294
cc)	Ärztliche Eingriffe in Kenntnis fehlender oder unzureichender Einwilligung	295
c)	Tatbestandslose Selbstschädigungen des „Opfers“ mit tödlichen Folgen	296
aa)	„Mitverantwortung“ für den Tod nach Betäubungsmittelkonsum	297
bb)	Ungeschützter Verkehr eines HIV-Infizierten	298
cc)	„Mitverantwortung“ für Tod nach Alkoholabusus	299
dd)	Einvernehmliche sadomasochistische Praktiken bei konkreter Todesgefahr	299
2.	Körperverletzungsvorsatz	300
a)	Abgrenzung zum Tötungs- und zum Gefährdungsvorsatz	300
b)	Praxisfälle zum bedingten Verletzungsvorsatz	301
aa)	Bestrafung des Halters für Bissattacken seines Kampfhundes	301
bb)	Schütteltrauma-Fälle	301
3.	Besonderer Zurechnungszusammenhang zwischen Tat und Todesfolge	302
a)	Enge Beziehung zwischen Verletzungsgefahren und Todeseintritt	302
b)	Praktisch bedeutsame Fallgruppen zum Zurechnungszusammenhang	303
aa)	Psychofolgen mit Bettlägerigkeit und Lungenentzündung	303
bb)	Ärztliche Behandlungsfehler	304
cc)	Tod des Verletzten durch Herzinfarkt	304
dd)	Beseitigung des nur vermeintlich toten Opfers	305
ee)	Unabsichtliches Überrollen des mit Absicht angefahrenen Unfallopfers	305
ff)	Zurückweisung ärztlicher Hilfe durch das Opfer	305
gg)	Selbstschädigendes Panikverhalten des Opfers	306
4.	Zur Vorhersehbarkeit des Todeseintritts	306
a)	Objektive Vorhersehbarkeit des Todes	306
b)	Alkoholbedingte Beeinträchtigungen	307
5.	Gemeinschaftliche Körperverletzung mit Todesfolge	307

6. Körperverletzung mit Todesfolge durch Unterlassen	308
7. Versuch der Körperverletzung mit Todesfolge	308
III. Minder schwere Fälle gem. § 227 Abs. 2 StGB	308
1. Die Provokationsfälle	309
2. Sonstige Milderungsgründe	309
a) Einvernehmliche Rauferei	310
b) Gruppendynamik	310
c) Überforderungssituation mit kurzzeitiger Überreaktion . .	310
d) Einwilligung des Opfers in sadomasochistische Praktiken	311
e) Mitverschulden des Opfers und atypischer Krankheits- verlauf	311
f) Mitverschulden der Aufsichtsbehörden	311
g) Rettungsbemühungen	311
3. Vertypte Milderungsgründe	311
IV. Beteiligung an einer Körperverletzung mit Todesfolge	312
1. Teilnahme durch aktive Mitwirkung	312
a) Herbeiführung der Todesfolge durch Mittäter	312
b) Exzess des Haupt- bzw. Mittäters (Tötung statt Körper- verletzung)	312
c) Sukzessive Mittäterschaft	313
2. Tatbegehung bzw. Teilnahme durch Unterlassen	314
V. Konkurrenzen	314
VI. Strafzumessung	314
1. Erwachsenenstrafrecht	314
a) Gewalterfahrung als Kind	314
b) Rechtsbrüche beim Kaschieren einer Kindestötung	315
2. Verurteilung nach Jugendrecht	315
B. Vollrausch im Kapitalstrafrecht, § 323a StGB	315
I. Grundlegendes	315
II. Voraussetzungen der Strafbarkeit	316
1. Rauschzustand	316
2. Rauschatat	317
a) Äußerer Tatbestand	317
b) Natürlicher Tötungsvorsatz	317
c) Tateinheit bei mehreren im Rauschzustand begangenen Taten	318
d) Anwendbarkeit der Rücktrittsregeln	318
3. Notwehr	318
4. Rechtlicher Hinweis	319
a) Rauschatat statt Tötungsdelikt	319
b) Austausch der Rauschatat	319

5. Schuldfrage in Bezug auf das Sichberauschen	319
a) Vorsatz	319
b) Fahrlässigkeit	320
c) Rauschfördernde Umstände	320
d) Schuldverminderung gem. § 21 StGB beim Sichberauschen	321
6. Strafzumessung bei schwerwiegenden Rauschtaten	321
7. Unterbringung infolge einer Rauschtat	322

Teil 6

Versuch und Verabredung

A. Versuch und Rücktritt im Bereich der Kapitaldelinquenz	323
I. Versuch eines Tötungsdelikts	323
1. Tateinheit mit zusammentreffender Körperverletzung	323
2. Abgrenzung zur straflosen Deliktsvorbereitung	323
a) Eindringen in die Wohnräume des potentiellen Opfers	324
b) Schusswaffengebrauch	325
c) Gift-, Stromschlag- und Sprengfallen	325
d) Vorbereitungen zur Herbeiführung einer Gasexplosion	325
e) Ergreifen des Opfers zwecks späterer Tötung	326
3. Abgrenzung vom Versuch eines Wahnverbrechens durch Unterlassen	326
4. Untauglicher Mordversuch aus „grobem Unverstand“	327
5. Fakultative Strafrahmenverschiebung bei Versuchstaten	327
6. Vertypter Milderungsgrund für minder schwere Fälle	329
II. Grundlegendes zum Rücktritt	329
1. Struktur des § 24 StGB	329
2. In dubio pro reo	330
3. Besondere Risiken des schweigenden Angeklagten	331
a) Bewusstes Verschonen oder gelungene Flucht des Opfers?	331
b) Todesgefahr erkannt oder nicht?	332
c) Gedankenlosigkeit über die „erkennbar ausgebliebenen“ Tatfolgen?	333
4. Rücktritt bei Rauschtat	334
5. Idealkonkurrierende andere Tatbestände	335
6. Strafschärfungsverbot	335
III. Rücktritt des Alleintäters vom Versuch, § 24 Abs. 1 StGB	335
1. Rücktritt des Einzeltäters vom unbeendeten Versuch	336
a) Endgültiges Abrücken vom Tatentschluss	336
b) Beendeter oder unbeendeter Versuch - Rücktrittshorizont	336

aa) Täter „ohne Vorstellung“ von den Folgen ihres Tuns	337
bb) Zustand und Reaktionen des Opfers nach der Tatausführung	338
cc) Korrektur des Rücktrittshorizonts	339
dd) Äußerungen des Täters zum Tatgeschehen	341
ee) Besonderheiten beim Tötungsversuch durch Schütteln eines Kleinkindes	341
c) Alternative Handlungsmöglichkeiten	342
d) Fehlschlag	342
aa) Ladehemmung	343
bb) Gelungene Flucht des Opfers	344
cc) Rücktritt bei unbemerktem Fehlschlag	345
dd) Zum Fehlschlag bei mehraktigem Tatgeschehen	345
ee) Rücktritt nach Erreichen des außertatbestandlichen Handlungsziels	345
ff) Eingreifen durch Hilfswillige	347
e) Freiwilligkeit des Abstandnehmens	348
aa) Aufforderung eines Mittäters	348
bb) Beschwichtigung durch das Opfer	348
cc) Risikoerhöhung	349
dd) Augenzeuge	349
ee) Seelische Blockaden	349
ff) Entdeckung der Tat	350
2. Rücktritt des Einzeltäters vom beendeten Versuch	350
a) Freiwilligkeit	350
aa) Rettungsbemühungen trotz erkennbar vorhandener Tatzeugen	350
bb) Rettungsanstrengungen in Verdeckungsabsicht	351
b) Erfolgsabwendung durch den Täter, § 24 Abs. 1 S. 1 Halbs. 2 StGB	351
c) Nicht kausale Rettungsbemühungen, § 24 Abs. 1 S. 2 StGB	352
3. Rücktritt des Unterlassenstäters	353
a) Kindesmisshandlung	354
b) Mehraktiges Geschehen beim Unterlassen	354
IV. Rücktritt bei mehreren Tatbeteiligten, § 24 Abs. 2 StGB	354
1. Individueller Strafaufhebungsgrund	354
2. Kausalbeitrag zur Tatvollendung trotz Rücktrittsbemühungen	355
3. Gemeinsames Abstandnehmen vom unbeendeten Versuch	355
4. Rücktritt des einzelnen Tatbeteiligten	356

B. Unternehmenstatbestände, §§ 30, 31 StGB	358
I. Versuchte Anstiftung zu einem Tötungsdelikt,	
§ 30 Abs. 1 StGB	358
1. Zur Annahme eines strafbaren Anstiftungsversuchs	358
a) Tatbestandsmerkmale	358
b) Strafe	360
2. Rücktritt vom Anstiftungsversuch, § 31 Abs. 1 Nr. 1 und	
Abs. 2 StGB	361
a) Abgrenzung des beendeten vom unbeendeten Versuch ..	361
b) Fehlschlag des Anstiftungsversuchs	362
c) Rücktritt vom untauglichen Anstiftungsversuch	363
II. Sonstige Vorbereitungshandlungen i.S.v. § 30 Abs. 2 StGB	364
1. Bereiterklärung zur Tatbegehung oder zur Ketten-	
anstiftung	364
2. Verabredung zur gemeinsamen Begehung eines Tötungsde-	
likts	365
a) Abgrenzung von Verbrechensphantasien	365
b) Verabredung rechtlich unterschiedlicher Alternativen ...	365
c) Vorstadium zur Ausführung des Tatplans	365
d) Absprache der Mittäterschaft	366
aa) Ungenügendes Versprechen der beihilfeähnlichen	
Unterstützung	366
bb) Konkretheitserfordernis	366
3. Rücktritt vom Versuch der Beteiligung	367
III. Konkurrenzverhältnis	368
IV. Strafzumessung bei Beteiligungs- und Anstiftungsversuchen ...	369

Teil 7

Notwehr und Notstand im Kapitalstrafbereich

A. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe bei	
Tötungsdelikten	370
I. Legaler Schusswaffengebrauch durch Amtsträger	370
II. Notwehr, § 32 StGB	371
1. Prozessuale Besonderheiten	372
a) Amtsermittlungspflicht auch in klaren Notwehrfällen ...	372
b) Beweiswürdigung	372
c) Zweifelsgrundsatz	373
d) Reichweite der Notwehr bei Verwendung unerlaubter	
Waffen	373
e) Schädigung unbeteiligter Dritter	374
f) Strafrechtlicher Überhang bei Notwehr im Zuge einer	
Schlägerei	375

2. Notwehrlage	375
a) Notwehrfähige Rechtsgüter	375
b) Gegenwärtigkeit eines Angriffs	375
c) Präventivnotwehr	376
3. Rechtswidrigkeit des Angriffs	376
a) Einvernehmliche Prügelei	376
b) Keine Notwehr gegen Notwehrhandlungen	376
c) Keine Notwehr gegen Selbsthilfehandlungen gem. § 229 BGB	377
d) Keine Notwehr gegen Festnahme durch Private gem. § 127 Abs. 1 StPO	378
4. Erforderlichkeit und Gebotensein der Verteidigungs- handlung	378
a) Verteidigungswille	378
b) Erforderlichkeit der Abwehrbemühungen	379
c) Rechtfertigung hypothetisch gedeckter Folgen	379
5. Rechtfertigungsvorsatz als subjektives Rechtfertigungs- element	380
6. Einschränkung des Notwehrrechts	380
a) Stich- und Schusswaffengebrauch	380
b) Bagatelldangriff	381
c) Unerträgliches Missverhältnis	381
d) Angriff durch schuldunfähige oder schuldlos handelnde Personen	382
e) Einander nahe stehende Personen	382
f) Selbstverschuldeter Angriff	383
aa) Ausschluss des Notwehrrechts bei Absichtsprovo- kation	383
bb) Sonderrisiken nach provoziertem Schusswechsel	383
cc) Sonstige Provokationsfälle	383
III. Putativnotwehr	385
1. Erlaubnistatbestandsirrtum	385
2. Verbotsirrtum	386
IV. Notwehrexzess, § 33 StGB	386
V. Verteidigungsstrategische Überlegungen zu Notwehrfällen	388
B. Notstand im Kapitalstrafrecht, §§ 34, 35 StGB	390
I. Rechtfertigender Notstand, § 34 StGB	390
II. Anwendungsfälle des entschuldigenden Notstandes, § 35 StGB	390
1. „Keuschheitsprobe“-Fall	390
2. Haustyrannen-Fälle	391
3. Tötung eines Grenzers durch Fluchtwilligen	391

Teil 8
Strafrechtliche Verantwortung

A. Die Grundlagen	393
I. Kinder und Jugendliche als Kapitalstraftäter	393
II. Schuldfähigkeit heranwachsender und erwachsener Tatverdächtiger	393
III. Schuld	394
1. Schuldunfähigkeit, § 20 StGB	394
a) Einsichtsvermögen und Steuerungsfähigkeit	394
b) „Entweder – Oder“	395
c) Schuldfähigkeit und Hemmungsvermögen bei Tötungsdelikten	395
d) Beweiswürdigung und Zweifelsatz	395
e) Schuldunfähigkeit und actio libera in causa (a.l.i.c.)	396
2. Verminderte Schuldfähigkeit, § 21 StGB	397
a) Grundsatz der exklusiven Alternativität	397
b) Einschränkung des Hemmungsvermögens	398
c) Verminderung der Einsichtsfähigkeit	398
3. Die Sachkunde des Tatrichters	399
4. Aufschlüsselung psychischer Störungen	399
B. Die biologischen Eingangsmerkmale der §§ 20, 21 StGB	402
I. Krankhafte seelische Störung	402
1. Exogene Psychosen	402
a) Hirndefekte	403
b) Epilepsie	403
c) Altersabbau	404
2. Endogene Psychosen	404
a) Schizophrenie	405
b) Zykllothymie (bipolare affektive Störung)	405
3. Alkoholintoxikation	406
a) Alkoholkonsum und seine Wirkung	406
b) Alkoholrausch	407
c) Allgemeine Bestimmungs- und Rückrechnungs- grundsätze	408
aa) Rückrechnung (Maximal-BAK) auf Blutproben- Basis	408
bb) Zur Berücksichtigung von Atemalkohol-Messungen ..	409
cc) Alkoholbestimmung anhand einer Urinprobe	410
dd) Bestimmung der Tatzeit-BAK ohne Blut- oder Urinprobe	410
ee) Anwendbarkeit des Zweifelsgrundsatzes	411

ff) Mitteilungspflicht zu den Anknüpfungstatsachen für BAK-Berechnung	412
d) Hinzuziehung eines Sachverständigen	412
e) Psychodiagnostische Beurteilungskriterien	413
aa) Zur Indizwirkung des BAK-Wertes	413
bb) Absage an starre BAK-Grenzen	413
cc) Minderer Beweiswert der BAK bei langem Rückrechnungszeitraum	414
dd) Umstände ohne Aussagekraft	414
f) Alkoholbedingter Ausschluss der Schuldfähigkeit (§ 20 StGB)	415
aa) Schwellenwert	415
bb) Indikatoren für aufgehobene Schuldfähigkeit bei hoher Tatzeit-BAK	415
cc) Beweisanzeichen für uneingeschränkte Schuldfähigkeit	416
g) Alkoholbedingte Einschränkung der Schuldfähigkeit	417
aa) Schuldverminderung bei Unterlassungsdelikten	417
bb) Schwellenwert	418
cc) Psychodiagnostik	418
dd) Zur Aussagekraft von Laienbeurteilungen	419
ee) Wahrnehmungen angetrunkenen Zuschauer	419
ff) Selbsteinschätzung	419
gg) Fehldeutung des Leistungsverhaltens	419
h) Alkohol in Kombination mit weiteren Faktoren	421
aa) Intelligenzminderung und Alkohol	422
bb) Hirnschädigung und Alkohol	422
cc) Epilepsie und Alkohol	422
dd) Altersabbau und Alkohol	423
ee) Affekt und Alkohol	423
ff) Persönlichkeitsstörung und Alkohol	424
gg) Pyromanische Neigung und Alkohol	424
hh) Medikamente und Alkohol	424
ii) Drogen und Alkohol	424
jj) Übermüdung und Alkohol	425
4. Eifersuchtswahn des Alkoholabhängigen	426
5. Gewalttaten unter Drogeneinfluss	426
II. Tiefgreifende Bewusstseinsstörung	427
1. Erschöpfung und Übermüdung	427
2. Tiefgreifendes Schreckerleben	428
3. Affektdelikte	429
a) Hinzuziehung eines Sachverständigen	430

b) § 20 StGB bei gesunden Affekttätern nur in Ausnahmefällen	430
c) Anforderungen an affektbedingte Schuldverminderung ..	430
d) Gesamtwürdigung	431
aa) Affektypische Umstände	431
bb) Untypische oder unspezifische Begleitmomente	434
e) Phänomenologie des Affekts	435
4. Gruppendynamische Einflüsse	436
III. Schwachsinn	437
IV. Schwere andere seelische Abartigkeit	438
1. Grundlegendes	439
a) „Erhebliche“ Verminderung der Schuldfähigkeit als Regelfall	439
b) Ungestörtes Leistungsverhalten	439
2. Depressive Zustände	440
a) Erkennbarkeit	440
b) Zusammenwirken mit Persönlichkeitsstörung	441
c) Tötungsdelikte von Suizidenten	441
3. Persönlichkeitsstörungen	442
a) Gesamtbetrachtung	442
b) Borderline-Persönlichkeitsstörung	443
c) Persönlichkeitsstörung mit Eifersuchtswahn	445
d) Persönlichkeitsstörung in Verbindung mit alkoholischer Beeinflussung	446
e) Persönlichkeitsstörung in Verbindung mit Drogenabhängigkeit	446
4. Triebanomalie	446
a) Erscheinungsbild	447
b) Hinzuziehung eines weiteren Sachverständigen bei sexueller Hörigkeit	447
c) Tat nach Abbruch einer medizinischen Behandlung	447
C. Fakultative Strafrahmenverschiebung gem.	
§§ 21, 49 Abs. 1 StGB	448
I. Grundsatz der Strafrahmenmilderung	448
1. Ermessensentscheidung aufgrund einer Gesamtwürdigung	448
2. Zur Schuldminde rung nach Zweifelsgrundsätzen	448
3. Eingeschränkte Revisibilität	449
II. Verwehung der Strafrahmenverschiebung	449
1. Gesamt abwägung aller schuldrelevanten Umstände	449
a) Über die Schuldverminderung hinausgehende entlastende Umstände	449

b) Für Verneinung niedriger Beweggründe „verbrauchte“ Milderungsgründe	449
c) Schulderhöhende Umstände	450
d) Strafrahmilderung bei lebenslanger Haftstrafe	450
2. Das Sonderproblem des Vorverschuldens	450
3. Meinungsspektrum zur selbstverschuldeten Trunkenheit	451
a) Milde gegenüber Alkoholkranken oder Alkoholüber- empfindlichen	451
b) Zu den Hürden der Vorerfahrung und der Risikoerhöhung	451
4. Selbstverschuldete Drogensucht	454
5. Vorverschulden bei Affekttaten	454
a) Vermeidbarer Affektaufbau mit vorhersehbaren Folgen	454
b) „Verzicht“ auf psychiatrische Behandlung	454
6. Schuldmilderung und Vorverlagerung der Verantwortlichkeit (a.l.i.c.)	454

Teil 9

Maßregeln der Sicherung und Besserung

A. Konkurrenzverhältnis der Maßregeln zueinander	457
B. Unterbringung	457
I. Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus gem. § 63 StGB	457
1. Anlasstat	458
a) Vorsatzfrage	458
b) Wahnbedingter und „normaler“ Irrtum	459
c) Rechtfertigungsgründe	459
d) Rücktritt	459
2. Gewissheit der Schuldunfähigkeit oder Schuld- verminderung	460
3. Geistig-seelische Störung	460
a) Grundlegendes zur Beständigkeit und Einordnung	460
b) Persönlichkeitsstörungen	461
c) Berauschende Mittel	462
aa) Persönlichkeitsstörung und Alkoholisierung	462
bb) Verminderung der Schuldfähigkeit durch Alkoholge- nuss oder Tabletten	462
cc) Verminderung der Schuldfähigkeit durch Alkoholge- nuss und Minderbegabung	462
dd) Vollrausch-Problematik	463

d) Affektkomponente	463
aa) „Normale“ Affekte	463
bb) Borderline-Störung mit Affektlabilität	464
4. Gefährlichkeitsprognose	464
5. Symptomatischer Zusammenhang – Gelegenheits- oder Konflikttaten	465
6. Heilungs- und Besserungschancen	465
7. Umkehrung der Vollstreckung	465
8. Bewährungsaussetzung gem. § 67b StGB	466
9. Untersuchung durch Psycho-Sachverständigen	466
10. Rechtlicher Hinweis	467
11. Erledigung	467
II. Einweisung in eine Entziehungsanstalt gem. § 64 StGB	468
1. Zweck	469
2. Verhältnis § 64 StGB zu § 63 StGB und § 66 StGB	469
3. Verhältnis § 64 StGB zu § 35 BtMG	469
4. Hang	469
5. Anlassstat	470
6. Gefahr weiterer hangbedingter Taten	470
7. Symptomatischer Zusammenhang	470
8. Hinreichende Erfolgsaussichten	471
a) Therapienunwilligkeit	471
b) Therapieabbruch oder Rückfälligkeit im Vorfeld	472
c) Vollzugstechnische Schwierigkeiten	472
d) Sprachunkundigkeit des Angeklagten	472
9. Untersuchung durch Psycho-Sachverständigen	473
10. Unterbringung trotz Bereitschaft zu ambulanter Therapie	473
11. Entziehungsanstalt und lebenslange Freiheitsstrafe	474
12. Vorwegvollzug einer Haftstrafe	474
13. Dauer und Beendigung	475
14. Rechtlicher Hinweis	475
15. Anrechnung auf die Strafe	475
16. Revision	475
III. Unterbringung in der Sicherungsverwahrung gem. § 66 StGB	476
1. Grundlegendes	476
a) Begriff	476
b) Rechtstatsachen	476
c) Populistischer Sicherheitsfanatismus	477
d) Die SV als verfassungs- und konventionsrechtliches Problem	477
e) „Tätige Reue“ des Gesetzgebers – Reform v. 22.10.2010	479

f) Die späten Einsichten des BVerfG	480
g) Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 30.03.2012 ...	480
2. Das geltende Übergangsrecht	481
a) Die gesetzliche Übergangsregelung gem. Art. 316e Abs. 1 EGStGB	481
b) Übergangsregelungen des BVerfG	482
3. Die formalen Unterbringungs Voraussetzungen bis zur Neuregelung	482
a) Rückfall nach mindestens zwei Vorverurteilungen (§ 66 Abs. 1 Nr. 1 StGB)	484
aa) Anlasstat	484
bb) Die sog. Symptomtaten	485
cc) Zeitschranke für frühere Taten (Rückfallverjährung)	486
b) Qualifizierter Rückfall nach nur einer einschlägigen Vorstrafe (§ 66 Abs. 3 S. 1 StGB n.F.)	486
c) SV ohne Vorstrafe (§§ 66 Abs. 2, 66 Abs. 3 S. 2 StGB) .	486
aa) Verurteilung wegen mindestens einer von mindestens drei Hangtaten (§ 66 Abs. 2 StGB)	486
bb) Verurteilung wegen mindestens einer von mindestens zwei Katalogtaten (§ 66 Abs. 3 S. 2 StGB)	487
d) Ermessensfrage bezüglich § 66 Abs. 2 StGB und § 66 Abs. 3 StGB	487
4. Hang zu neuen schweren Straftaten	488
5. Gefährlichkeitsprognose	488
6. Hang- oder gefahrbezügliche Gesichtspunkte	489
a) Ungewisse Besserungschancen	489
b) Affekt- und Gelegenheitstaten	489
c) Sehr junge Täter	489
d) Verteidigungsverhalten	490
7. Hinzuziehung eines Sachverständigen	490
8. Strikte Verhältnismäßigkeitsprüfung	491
9. SV neben lebenslanger Freiheitsstrafe	491
10. Verbindung von SV und anderen Maßregeln	491
a) SV und Unterbringung nach § 63 StGB	491
b) SV und Unterbringung nach § 64 StGB	492
11. Primäre SV und das JGG	492
12. Rechtlicher Hinweis	492
13. Bewährungsaussetzung gem. § 67d StGB	493
IV. Vorbehalt der Unterbringung in der SV gem. § 66a StGB	494
V. Nachträgliche Unterbringung in der SV gem. § 66b StGB	495

C. Berufsverbot gem. § 70 StGB in Schwurgerichtsverfahren	496
D. Fahrerlaubnisentzug im Kapitalstrafbereich	497
I. Fahrerlaubnisentzug außerhalb eines Regeltatbestandes	497
II. Einzelfälle	498
1. Zufahren auf einen Fußgänger	498
2. Anfahrt zum Tatort mit dem Pkw	498
3. Flucht im Kraftfahrzeug	499
4. Fortschaffen der Leiche im Pkw	499
5. Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr	499
III. Lebenslange Fahrerlaubnissperre	500

Teil 10

Die Mitwirkenden am Schwurgerichtsverfahren

A. Polizeidienststellen	501
I. Die Mordkommission	501
II. Kriminalämter	506
1. Landeskriminalämter (LKAs)	506
2. Bundeskriminalamt (BKA)	507
3. Unabhängigkeit der „Polizeigutachter“	509
B. Der Staatsanwalt in Kapitalstrafsachen	509
I. Der Staatsanwalt als Ermittlungsführer und Ankläger	509
II. Die Generalstaatsanwaltschaften	511
1. Ermittlungs- und Anklagebehörde	511
2. Verfahren bei den Oberlandesgerichten	511
III. Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	512
1. Ermittlungszuständigkeit des GBA	512
2. Revisionsverfahren	512
C. Die Strafgerichtsbarkeit	512
I. Der Ermittlungsrichter	512
1. Der Ermittlungsrichter beim Amtsgericht	512
2. Der Ermittlungsrichter beim BGH und OLG	513
II. Der Haftrichter beim Amtsgericht	513
III. Das Schwurgericht	514
1. Die Zuständigkeitsregelung des § 74 Abs. 2 GVG	514
2. Zuständigkeiten des Schwurgerichts im Ermittlungs- verfahren	515
3. Haftentscheidungen zwischen Anklageerhebung und Revisionsentscheidung	516
IV. Die Jugendkammer	516

1. Die Jugendkammer als Schwurgericht	516
2. Jugendkammer als Jugendschutzkammer	516
V. Das Oberlandesgericht	517
1. Das OLG als Tatgericht in Kapitalstrafsachen	517
2. Das Oberlandesgericht als Haftinstanz	517
3. Das Oberlandesgericht als Beschwerde- und Gebühren- instanz	517
VI. Der Bundesgerichtshof	518
1. Ermittlungsrichter beim BGH	518
2. Die Strafsenate des BGH	518
D. Gerichtshilfe	519
I. Aufgaben des Gerichtshelfers im Erwachsenenrecht	519
II. Jugendgerichtshilfe	519
E. Dolmetscher	520
F. Die Sachverständigen	523
I. Gerichtsmediziner	524
1. Hinzuziehung durch StA oder Gericht	525
2. Obduktion	525
3. Beauftragung durch Hinterbliebene und Verbrechensopfer . .	526
4. Typische Themenschwerpunkte	526
a) Rechtsmedizinische Beurteilung von Spurenbildern	526
b) Die rechtsmedizinische Begutachtung von Toten	526
aa) Feststellung der Identität	526
bb) Bestimmung der regionalen Herkunft	527
cc) Frage des Gelebthabens	527
dd) Die Todesursache	527
ee) Der Todeszeitpunkt	528
ff) Alter und Genese bestimmter Verletzungsbilder	528
gg) Der hypothetische Tatablauf	529
c) Plausibilitätskontrolle von Geständnissen und Bezichtigungen	529
d) Beurteilung der Handlungsfähigkeit des „Opfers“	530
e) Die rechtsmedizinische Begutachtung des Verletzten . . .	531
f) Begutachtung des Tatverdächtigen	531
aa) Verletzungsbilder	531
bb) Beurteilung der Vernehmungs- oder Haftfähigkeit . .	532
cc) Schuldfähigkeitsbeurteilung	532
II. Forensische Toxikologen	532
III. Psychowissenschaftliche Gutachter	533
1. Psychiatrische Sachverständige	535

a) Der „klassische“ Aufgabenbereich	535
aa) Schuldfähigkeitsexploration	535
bb) Prognosegutachten	535
cc) Begutachtung von Aussagetüchtigkeit und Glaubhaftigkeit	536
b) Präsenzpflicht in der Hauptverhandlung	536
c) Divergierende Gutachten	536
2. Psychologen	537
a) Aufgabenbereich	537
b) Verschiedene psychologische Testverfahren im Überblick	537
aa) Der Wechsler-Intelligenztest für Erwachsene (WIE)	537
bb) Freiburger Persönlichkeitsinventar (FPI)	538
cc) Gießentest	538
dd) Rorschach-Test	538
IV. Kriminaltechnische Sachverständige	538
1. Sachverständige für Daktyloskopie	539
2. Sachverständige für DNA-Analytik	539
3. Brandursachenexperten	542
4. Schusswaffensachverständige	542
5. Forensische Ballistiker	543
6. Sachverständige für Blutbegutachtungen	543
a) Blutanalyse-Gutachten	543
b) Blutspuren-Gutachten	544
aa) Die Sicherung der Blutspuren	544
bb) Problem der Selektion	545
cc) Frage der Spurenverfälschung	545
dd) Blutaltersschätzung	545
ee) Interpretation des Blutspurenbildes	545
7. Haarvergleichsgutachter	547
8. Faserspuren-gutachter	547
9. Bodenkundliche Gutachter	548
10. Forensisch-zoologische Gutachter	549
11. Forensische Odontologen	549
12. Forensische Osteologen	549
13. Anthropologische Vergleichsbegutachtung	550
14. Sachverständige für forensische Phonetik und forensische Linguistik	550
V. Schriftsachverständige	551
VI. Sozialwissenschaftler und Ethnologen	552

G. Gefährdete Zeugen und Zeugenbeistände	552
H. Verletzte Personen mit Verletztenbeistand	553
I. Adhäsionskläger	554
J. Die Nebenklage	554
I. Die Nebenklage als Machtfaktor	554
II. Adressat für Verständigungs- und Ausgleichsbemühungen	557
III. Wandel zur Nebenklagebefugnis im Sicherungsverfahren	557
IV. Wandel zur Nebenklagebefugnis gegen Jugendliche gem. § 80 Abs. 3 JGG	558
V. Keine Nebenklage bei Verabredung oder Anstiftungsversuch ...	558
VI. Verteidigung bei Unzulässigkeit der Nebenklage	558
K. Mitbeschuldigte und ihre Verteidiger	559
L. Verteidiger im Kapitalstrafverfahren	560
I. Wahlverteidigung	560
II. Pflichtverteidigung in Kapitalstrafsachen	562
III. Das Problem der Wahlpflichtverteidigung	563
1. Pflichtverteidigerbestellung im Ermittlungsverfahren	563
a) Das Antragsprivileg der StA bis zur Inhaftnahme	564
b) Verteidigerbestellung in Haftfällen gem. § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO	565
2. Beschwerde gegen richterliche Beiordnungsmisgriffe	566
a) Beschwerderecht des Beschuldigten	566
b) Keine eigene Beschwer des betroffenen Verteidigers ...	567
c) Aufrechterhaltung der Pflichtverteidigung entgegen § 143 StPO	567
d) Ablehnung der beantragten Beiordnung des Wahlpflicht- verteidigers	567
aa) Auswärtiger Verteidiger	568
bb) Qualifikationsdefizite	568
cc) Die beengte Terminlage des gewünschten Verteidi- gers	569
dd) Interessenkonflikt aufseiten des Verteidigers	569
ee) Vorwurf der Konfliktverteidigung in früheren Verfahren	570
e) Pflichtverteidigerbestellung ohne Anhörung	570
f) Einvernehmlicher Pflichtverteidigerwechsel	572
g) Unerwünschte Abberufung des Pflichtverteidigers	572
3. Verwehrte Entpflichtung des Officialverteidigers	573
IV. Gebührenfragen	574

1. Die gesetzliche Vergütung in Schwurgerichtsverfahren nach RVG	574
2. Festsetzung einer Pauschalvergütung	574
a) Pauschalvergütung für den Wahlverteidiger gem. § 42 RVG	574
b) Pauschalvergütung für den Pflichtverteidiger gem. § 51 RVG	574
3. Gebührenvereinbarung	575
4. Finanzierung der Verteidigung aus Drittmitteln	577

Teil 11

Die Übernahme des Mord- und Totschlagsmandats

A. Die ersten Verteidigungsschritte	579
I. Allgemeines zur Mandantenbetreuung	579
1. Suizidalität von Mordverdächtigen	579
2. Sprachbarrieren	581
3. Interne Kommunikationsbarrieren	582
a) Vorbehalte des Beschuldigten gegenüber dem Verteidiger ..	583
b) Ressentiments auf Verteidigerseite	585
c) Der psychisch gestörte Mandant	586
II. Schutz des Tatverdächtigen vor Selbstbelastung	587
1. Probleme um das Anwaltskonsultationsrecht	589
a) Irreführung hinsichtlich Beschuldigtenstatus	590
b) Prozessordnungswidrige Belehrungsmängel und Kontaktverweigerung	590
c) Abraten und Ablenken	591
2. Zugangs- und Anwesenheitsrechte des Verteidigers	592
a) „Kontaktsperr“ wegen fortdauernder Untersuchungsmaßnahmen?	592
b) Hinhaltende Telefonauskünfte	593
c) Der Polizeieinwand der Anbietderung	594
d) Das angeblich entgegenstehende Votum des Beschuldigten	595
e) Kein Zugang ohne Verteidigervollmacht?	595
f) Sondererlaubnis für Anbahnungsgespräche?	596
g) Teilnahmerecht am polizeilichen Verhör?	597
3. Informationsherrschaft gegenüber Dritten	600
a) Der Tatverdächtige auf freiem Fuß	600
b) Abschirmen des Inhaftierten gegenüber Ermittlungsbeamten	601
c) Gefahr des Abhörens von Besucherräumen der Haftanstalt	603

d) Keine persönlichen Eingaben an StA oder Haftrichter . . .	603
e) Hilferufe und offene Statements	603
f) Brief- und Telefonkontakte mit Angehörigen	603
g) Entschuldigungsbriefe an Opfer oder Hinterbliebene	604
h) Ratschläge für unerwünschte Explorationsversuche	604
i) Keine ärztliche Schweigepflicht während einstweiliger Unterbringung	605
j) Schweigerat in Bezug auf die Gerichtshilfe	605
k) Hinweise zu Privatgesprächen unter Mithäftlingen	605
l) Interviews des Inhaftierten	606
m) Verwahrung von Verteidigungsunterlagen	606
III. Erste Befragung des tatverdächtigen Mandanten	607
1. Vorbereitende Schritte und Überlegungen	607
2. Besondere Konstellationen	609
a) Befragungsumfang bei Geständnissen	609
b) Brutales Vorgehen und fehlende Reue	609
c) Erinnerungslosigkeit	610
B. Sofortmaßnahmen der Verteidigung	610
I. Verfahrensbezogene Vorkehrungen	610
1. Belehrung und Beratung der Angehörigen des Tatverdächtigen	610
2. Eilkontakte zur Verteidigung des Mitbeschuldigten	611
3. Besichtigung „unbeständiger“ Ereignisorte	612
4. Beweissicherung	613
a) Verhinderung einer Feuerbestattung	613
b) Nachholen entlastender Blut- und Urinproben	613
c) Dokumentation und Begutachtung verborgener Abwehr- verletzungen	613
d) Sicherung von Spuren einer Misshandlung im Polizei- gewahrsam	614
e) Alibizeugen, nicht sesshafte oder schwer erkrankte Entlastungszeugen	615
f) Sicherstellung von Magnetband- oder Videoauf- zeichnungen	615
g) Vorkehrungen gegen den Verlust entlastender TK-Daten	616
h) Wahlgegenüberstellung zum Ausschluss des Tatverdächtigen	616
5. Annullierung von Erklärungen zur ärztlichen Schweigepflicht	618
6. Geständniswiderruf	618
II. Öffentlichkeitsarbeit des Verteidigers	620

III. Unterbinden öffentlicher Anprangerung	623
1. Einschreiten gegen Presseerklärungen von Kripo und StA . .	623
2. Unzulässige Strafverfolgung per Internetforum	626
3. Rechtsverletzungen durch Medienberichte	627
a) Identifizierende Verdachtsberichterstattung	627
b) Identifizierende Bildberichterstattung	629
c) Verteidigungsschritte	630

Teil 12

Die Verdachtslage

A. Auswertung der Akten der Mordkommission	632
I. Aktenanforderung	632
II. Umfang der Akteneinsicht	634
III. Beschränkungsmöglichkeiten (§ 147 Abs. 2 StPO)	637
1. Gefährdung des Untersuchungserfolgs	638
2. Beschränkungsfreie Schriftstücke (§ 147 Abs. 3 StPO)	639
a) Äußerungen des tatverdächtigen Mandanten	639
b) Richterliche Untersuchungshandlungen	639
c) Sachverständigengutachten	640
d) Streitpunkt: Mitbeschuldigten-Protokolle	640
3. Verteidigung gegen Akteneinsichtsbeschränkungen	641
a) Persönliche Vorsprache beim Staatsanwalt	641
b) Dienstaufsichtsbeschwerde	642
c) Antrag auf gerichtliche Entscheidung	642
aa) Aktenverwehrung nach Ermittlungsabschluss	642
bb) Vorenthaltung privilegierter Aktenteile	642
cc) Aktenbeschränkungen in Haftfällen	642
dd) Verwehrung der Spurenakten	645
ee) Gerichtliche Überprüfbarkeit in Ausnahmefällen	645
IV. Besonderheiten von Todesermittlungsakten	647
1. Führung, Aufbau und Inhalt der Ermittlungsakten	647
2. Ton- und Bildmaterial	649
3. Spurenakten	650
4. Abhörprotokolle	653
5. Sonderhefte	656
6. VE- und VP-Unterlagen	656
7. Obduktionsprotokolle	656
a) Die Obduktion und ihre Rechtsgrundlagen	657
b) Die äußere Gestaltung des Obduktionsberichts	657
aa) Notwendige Bestandteile	657
bb) Fotodokumentation der Obduktion	659
cc) Fachbegriffe	659

c) Zur Bewertung von Obduktionsberichten	659
aa) Interpretationshilfen	659
bb) Rechtsmedizinisches Basiswissen	659
d) Verlesbarkeit von Obduktionsberichten	660
8. Psycho-Gutachten	661
B. Krankenunterlagen	662
C. Besichtigung der amtlich verwahrten Beweisstücke	663
I. Typische Asservate	663
II. Das Besichtigungsrecht	664
1. Rechtliche Ausgestaltung	664
2. Herausgabe von Asservaten und Proben zwecks Nach- begutachtung	665
3. Besichtigungserfordernis	666
D. Unterrichtung des Beschuldigten vom Akteninhalt	668
I. Der Aktenauszug	668
II. Akten- und Verdachtsanalyse	671

Teil 13

Das Verteidigungskonzept und seine Verwirklichung

A. Die interne Frage nach der Schuld	676
I. Allgemeine Grundsätze	678
II. Verteidigung eines Schuldigen	682
1. Strafmaßverteidigung bei geklärtcr Täterschaft	682
2. Konflikttäter mit Freispruchchancen	682
3. „Herauspauken“ des schuldigen Gewaltverbrechers	682
a) Rückfallgefahr bei Gefährlichkeit des Beschuldigten	682
b) Widerrufsüberlegungen hinsichtlich eines wahren Geständnisses	683
c) Abhalten von einem „unnötigen“ Geständnis	684
d) Hilfestellung zur Schutzbehauptung?	684
4. Anraten eines Geständnisses	685
5. Distanzierung von Teilaspekten eines echten Geständ- nisses	685
III. Verteidigung eines vorgeblich Unschuldigen	686
1. Das Falschgeständnis und sein Widerruf	686
2. Die Anfechtung eines außerprozessualen Falschgeständ- nisses	690
IV. Die fehlende Erinnerung	691
V. Die Angaben von Mitbeschuldigten	691

1. Gleichgerichtete Interessenlage	691
2. Falschbezeichnung durch Mitangeklagte	692

Teil 14

Beibringen und Eliminieren von Beweismaterial

A. Nach- und Gegenermittlungen der Verteidigung	694
I. Allgemeines zum anwaltlichen Ermittlungsrecht	694
II. Anwaltliche Ermittlungsfelder	696
1. Besichtigung des Tatortes	696
2. Aufspüren und Befragen von Zeugen	697
3. Neues Bildmaterial	698
4. Selbstversuche	699
5. Konsultation von Experten	700
6. Privatdetektive	701
7. Journalisten	702
8. Anforderung und Sichtung weiterer Akten und Unterlagen . .	702
B. Beweisverwertungsverbote und Beweisbeschränkungen	703
I. Gezieltes Eliminieren belastender Erkenntnisse	703
II. Abwägungslösung und Beweiswürdigungslösung	704
III. Grundlegendes zur Reichweite von Verwertungsverböten	705
1. Begrenzung auf die unmittelbar betroffene Beweiserhebung	705
2. Fortwirkung	706
3. Fernwirkung	707
IV. „Sperrn“ selbstbelastender Äußerungen des Beschuldigten	707
1. Verteidigerzwang bei Vernehmungen in Kapitalstraf- sachen?	708
2. Nichtbelehrung des Beschuldigten über die Aussage- freiheit	711
a) Grundsatz des disponiblen Verwertungsverbots	711
b) Grundlegendes zum Beschuldigtenstatus	712
c) Spontangeständnisse	712
d) Widerspruchslösung mit Verwirkungsmöglichkeit	713
e) Zeitschranke des § 257 StPO	714
f) Möglichkeit des themenbezogenen Präventivwider- spruchs	714
g) Zur Anwendbarkeit des Zweifelssatzes	715
h) Revisionsvorbringen	716
3. Verspätete Belehrung des Beschuldigten	716
a) Qualifizierte Belehrung	716
b) Nachholen der Belehrung in „unqualifizierter“ Form	717

4. Belehrung eines Verhandlungsunfähigen	718
5. Unterbliebene Beschuldigtenbelehrung zum Anwalts- konsultationsrecht	718
6. Verwehrung der Verteidigerkonsultation	718
a) Verschweigen eines bereitstehenden Verteidigers	719
b) Unterlaufen des geäußerten Konsultationswunsches	719
aa) Verheimlichen eines telefonischen Verteidigernot- dienstes	719
bb) Nächtliche Vernehmung nach vergeblichen Kontakt- versuchen mit Verteidigern	721
cc) Vernehmung nach Verzicht auf Anwaltskonsultation wegen Mittellosigkeit	721
7. Vernehmung Jugendlicher ohne Hinweis aufs Eltern- konsultationsrecht	722
8. Unterlassene Unterrichtung des Konsulats	722
9. Richterprotokoll mit unvereidigtem Dolmetscher, § 189 GVG	722
10. Urkundenbeweis mit ausländischen Vernehmungs- protokollen	723
11. Vernehmung anstatt Vorführung nach §§ 115, 115a StPO	723
12. Äußerungen zu getilgten oder tilgungsreifen Vorstrafen	723
13. Bezugnahme im Richterprotokoll auf Polizeiprotokolle	724
14. Protokollvorhalt mit „Pro forma-Bestätigung“ durch Vernehmungsperson	724
15. Schutz der Aussagefreiheit in vernehmungähnlichen Situationen	725
a) Äußerungen gegenüber Konsularbeamten	725
b) Geständnisprovokation durch V-Leute und Verdeckte Ermittler	725
aa) Grundsatz der Verwertbarkeit	725
bb) Bedrängen oder Nötigen des Tatverdächtigen	725
cc) Äußerungen gegenüber als JVA-Besucher getarntem NoeP	726
16. Anordnungsmängel und Fristüberschreitung bei Lausch- angriff	726
17. Äußerungen des Beschuldigten mittels Telekommunika- tion	727
a) Unverwertbarkeit von TKÜ-Erkenntnissen bei Anordnungssünden	727
b) Kommunikation im Kernbereich privater Lebensgestal- tung	727
c) Telefonate des Beschuldigten mit seinem Verteidiger	728

d) Telefonate mit zeugnisverweigerungsberechtigten Angehörigen	728
e) Verwertbarkeit von Äußerungen bei überwachtem Hintergrundgespräch	728
f) Äußerungen des Beschuldigten bei Hörfalle	728
g) Verwertbarkeit von telefonischen Äußerungen als Zufallsfund	729
18. Angaben des Beschuldigten infolge Vorhalts aus unzulässiger Tü	729
19. Gesprächsmitschnitt aus verdeckter Besuchsraumüberwachung	729
20. Äußerungen gegenüber Mithäftlingen	730
21. Überlistung durch eine Privatperson	730
22. Zeugenaussagen des unbelehrten Beschuldigten, § 55 StPO ..	730
23. Beschuldigtenbelehrung durch Psycho-Sachverständigen? ..	731
24. Verletzung der Benachrichtigungspflicht, § 168c StPO	731
25. Verbotene Vernehmungsmethoden, § 136a StPO	732
a) Grundlegendes	732
aa) Rechtsgüterschutz	732
bb) Eingeschränkter Geltungsbereich	733
cc) Verwertbarkeit Entlastungsbeweisen	733
dd) Das Nachweisproblem	733
ee) Vernehmungen durch ausländische Hoheitsorgane ..	734
ff) Zur Rechtskontrolle im Revisionsverfahren	735
b) Aussagen während rechtswidriger Freiheitsbeschränkung	735
aa) Unrechtmäßige Inhaftnahme	735
bb) Vernehmung nach Pseudo-Festnahme	737
cc) Befragung des zu Unrecht als Störer Festgehaltenen	737
dd) Äußerungen anlässlich rechtswidriger polizeilicher Ingewahrsamnahme	737
ee) Rechtswidrige Freiheitsentziehung zur Identitätsfeststellung	738
c) Täuschung	738
aa) Informelle Befragungen	738
bb) Täuschung über die Verdachtslage	739
cc) Täuschung über die Rechtslage	740
dd) Täuschung über den Untersuchungsgegenstand	740
ee) Ausnutzen eines Irrtums über Möglichkeiten zur Anwaltskonsultation	740
d) Ermüdung	741

e) Vernehmung unter Tabletten- bzw. Alkoholeinwirkung .	741
f) Quälerei	743
g) Hypnose	743
h) Drohung	744
aa) Der Fall Gäfgen	744
bb) Drohung mit Invollzugsetzung eines Haftbefehls . . .	744
cc) Drohung mit Bewährungswiderruf	745
i) Versprechen eines gesetzeswidrigen Vorteils	745
26. Verwertungsverbot wegen Verstoßes gegen	
Art. 1 und 2 GG	745
a) Heimliche Tonbandaufnahmen	745
b) Abhören eines Selbstgesprächs	746
c) Tagebuchaufzeichnungen	746
d) Abschiedsbrief	747
27. Gespräche mit Geistlichen	747
28. Verteidigungsunterlagen	748
29. Verteidigererklärungen	748
V. Nachteilige Erkenntnisse über eine ärztliche Behandlung	748
VI. Problematische Angaben eines Mitbeschuldigten	749
VII. Überlegungen zur Nichtverwertbarkeit von belastenden Zeugen-	
aussagen	750
1. Angaben Zeugnisverweigerungsberechtigter	
(§§ 52, 252 StPO)	750
a) Angehörigenstatus i.S.v. § 52 Abs. 1 StPO	750
aa) Aussagen außerehelicher Intimpartner	750
bb) Verlöbnis	751
cc) Sonderfall der Imam-Ehe	752
b) Zeugnisverweigerungsberechtigte Minderjährige	752
c) Belehrungsmängel	752
d) Die Regelung des § 252 StPO	752
aa) Angaben gegenüber Polizei und StA	752
bb) Bei nichtrichterlicher Vernehmung überreichte	
Schriftstücke	753
cc) Aussagen zu Protokoll eines Richters	753
dd) Aussagen des Zeugnisverweigerungsberechtigten als	
Beschuldigter	754
ee) Angaben des Angehörigen gegenüber dem	
Verteidiger	754
ff) Befragung eines Angehörigen durch die Jugendge-	
richtshilfe	754
gg) Äußerungen Angehöriger gegenüber Psycho-	
Sachverständigen	755

hh) Äußerungen von Angehörigen eines Mitbeschuldigten	755
ii) Nachträgliche Zustimmung zur Verwertung	756
jj) Durchsetzung des Schweigerechts	756
2. Angaben Auskunftsverweigerungsberechtigter (§ 55 StPO) ..	757
a) Rechtskreistheorie	757
b) Auskunftsverweigerung in der Hauptverhandlung	757
c) Das „verdichtete“ Auskunftsverweigerungsrecht	758
d) Vorabklärung über totale Auskunftsverweigerung	758
3. Versäumte Benachrichtigung bei Zeugenvernehmung, § 168c StPO	759
4. Zeugenvernehmungen ohne Möglichkeit zur konfrontativen Befragung	760
5. Vernehmung ersetzende Vorführung der Bild-Ton-Aufzeich- nung	761
6. Unbestätigte Vorhalte von Zeugenprotokollen	761
VIII. Verwertbarkeit ärztlicher Befunde	762
1. Ärztliche Atteste	762
2. Ungünstige Befunde eines befangenen Sachverständigen ...	762
IX. Unverwertbarkeit sonstiger Beweismittel	763
1. Blutentnahme unter Verletzung des Richtervorbehalts	763
2. Beschlagnahme anlässlich rechtswidriger Durchsuchung ...	763
X. Verteidigungstaktik zur Durchsetzung von Verwertungsverboten	763
1. Absicherung von polizeilichen Ermittlungsgeständnissen ...	764
2. Vorkehrungen der Verteidigung gegen Zeugenabsprachen ..	765
a) Zeitpunkt der Thematisierung	765
b) Terminierungs- und Ladungsvorschläge	766
c) Befragungs-Splitting	766
C. Überlegungen zu Entlastungszeugen	768
I. Nochmalige Bestätigung der entlastenden Angaben	768
II. Unwillige Entlastungszeugen	768
III. Hilfestellung für „gefährdete“ Entlastungszeugen	769
IV. Unverwertbare entlastende Vernehmungsniederschriften	770
1. Der betrunkene Entlastungszeuge	770
2. Entlastende Aussagen im Kraftfeld der §§ 52, 252 StPO	770
a) Verlesbarkeit aus fair-trial-Gedanken?	770
b) Nachbefragung durch den Verteidiger	770
D. Vorüberlegungen zur Einlassung des Angeklagten	771
I. Grundsatz der Aussagefreiheit	771
1. Schlussfolgerungsverbot	771

2. Pauschales Bestreiten	773
3. Die Rechtsprechung zum Teilschweigen	773
II. Zeitpunkt der Einlassung	774
III. Form der Einlassung	775
IV. Erklärungsbedarf aufseiten des Angeklagten	779
1. Angaben zu Äußerungen des Angeklagten im Ermittlungs- verfahren	779
a) Aussagekorrekturen, Ergänzungen, Richtigstellungen ...	779
b) Berichtigung von Übersetzungsfehlern	779
2. Angaben zu fragwürdigen Vorstrafen	779
3. Angaben zum persönlichen Werdegang	780
4. Angaben zum Tatvorwurf	780
5. Schweigepflichtsentbindungen bezüglich Ärzten oder Anwälten	780
E. Notwendigkeit von Ermittlungs- und Beweisanträgen	781
I. Beweisverlangen im Ermittlungsverfahren	781
II. Beweisanträge im Zwischenverfahren	782
III. Beweisanstrengungen in der Hauptverhandlung	782

Teil 15
Die Haftfrage

A. Grundsätzliches	785
B. Ergreifungshaftbefehl gegen Flüchtigen/Steckbrief	789
C. Haftenwendungen	790
I. Haftunfähigkeit	790
II. Interessenabwägung	791
1. Unausweichlichkeit einer vollstreckbaren Haftstrafe	792
2. Mandant mit Verdacht auf Psychostörung	792
3. Drohende Racheakte oder Selbstjustiz	792
4. Suizidalität des Beschuldigten	792
5. Alkohol- oder Drogenabhängigkeit des Tatverdächtigen ...	793
6. Denkkettelfunktion der Untersuchungshaft	794
III. Einwendungen gegen den Verdachtsgrad	794
1. Freilassungersuchen an StA gem. § 120 Abs. 1 und 3 StPO	794
2. Haftprüfungsverfahren	795
a) Aussageergänzungen oder -korrekturen in der Haftprü- fung?	795
b) Ermittlungsantrag gem. § 166 Abs. 1 StPO	795

3. Haftbeschwerde	796
a) Verfolgungshindernisse	796
b) Darlegung offensichtlicher Subsumtionsmängel	797
aa) Strafflosigkeit aus Rechtsgründen	797
bb) Herabstufung des Tat- bzw. Schuldvorwurfs	799
c) Beweishindernisse	799
d) Indizienbeweis mit Schwachstellen	800
e) Belastung durch Mitbeschuldigten	800
f) Belastungszeugen mit psychischen oder körperlichen Störungen	800
g) Anerkannte Beweiswürdigungsregeln	800
aa) Der tatverdächtige, lügende oder schwankende Belastungszeuge	800
bb) Aussage gegen Aussage	801
cc) Zeuge vom Hörensagen	801
dd) Unterbliebene Verteidigerbestellung zur richterlichen Zeugenvernehmung	801
ee) Sperrung entlastender Beweismittel	801
h) Fehlinterpretation des Spurenbildes	801
i) Zweifelhaftes Wiedererkennen	802
IV. Zum Haftgrund der Fluchtgefahr	803
1. Fluchtvorbereitungen und Ankündigungen	803
2. Straferwartung als Fluchtverdachtsparameter	803
a) Reduzierung der Tatschwere	804
b) Berufung auf Netto-Straferwartung	804
3. Fluchthemmende Aspekte	805
a) Enges Beziehungsfeld	805
b) Selbststellung oder Verbleiben trotz Fluchtmöglichkeit	805
c) Geständnis	806
V. Verdunkelungsgefahr	806
1. Einwand bloß hypothetischer Verdunkelungsmöglichkeit	807
2. Die Missachtung des Tatsachenerfordernisses	807
3. Aushöhlung des Schweigerechts	807
4. Unbeachtliche Parallelermittlungen	808
5. Einwand fehlender Prozessordnungswidrigkeit	808
6. Ausschluss realer Verdunkelungschancen	809
7. Wegfall der Verdunkelungsgefahr	809
8. Kautions bei Verdunkelungsgefahr	809
9. Besuchsrecht bei Verdunkelungsverdacht	810
10. Verdunkelungsgefahr und Akteneinsicht	810
VI. Zum Haftgrund der Tatschwere (§ 112 Abs. 3 StPO)	810
VII. Haftverschonung, § 116 StPO	813

1. Außervollzugsetzung	813
2. Anfechtbarkeit	814
3. Widerruf der Haftverschonung gem. § 116 Abs. 4 Nr. 3 StPO	814
4. Neuerlass eines Haftbefehls nach Aufhebung	815
VIII. Unverhältnismäßigkeit	815
1. Unheilbare Erkrankung	815
2. Überlange U-Haft	815
3. Aufhebung des Haftbefehls wegen künftiger Verzögerungen	815
IX. Chancen und Risiken der weiteren Beschwerde	816
X. Besondere Haftprüfung nach überlanger Haftdauer; §§ 121, 122 StPO	817
1. Personelle und organisatorische Engpässe	818
a) Fehlende Duplo-Akten	818
b) Unzureichende Förderung des Ermittlungsverfahrens ...	818
c) Nichtbeachtung des Vorrangs von Schwurgerichts- sachen	819
d) Verzögerte Entscheidung über die Verfahrens- eröffnung	819
e) Verspäteter Hauptverhandlungsbeginn	819
f) Verzögerungen durch Begutachtungsaufträge	820
g) Begründete Aussetzungs- oder Unterbrechungsanträge ..	821
h) Verzögerte Urteilsabsetzung oder Zustellung nach einge- legter Revision	821
2. Verzögerungen durch erfolgreiches Revisionsverfahren ...	822
3. Ursachen in der Sphäre des Beschuldigten	822
a) Terminsfrage des Verteidigers und Verhandlungsdichte ..	823
b) Gefahr von Maßnahmen der Verfahrenssicherung	823
XI. Überlange „Ermittlungshaft“ von mehr als einem Jahr	823
XII. Verfassungsbeschwerde gegen Haftentscheidungen	824
XIII. Sonderfall Auslieferungshaft	824

Teil 16

Vorläufige Unterbringung und Begutachtung

A. Unterbringungsbefehl, § 126a StPO	825
B. Begutachtung des Beschuldigten	827
I. Zur Einholung eines Psycho-Gutachtens	827
1. Aufklärungspflicht und tatrichterliche Sachkunde	827
2. Anknüpfungstatsachen	827
3. Fachrichtung des Sachverständigen	828

4. Zuziehung im Vorverfahren	828
5. Kein Anwesenheitsrecht des Verteidigers	829
II. Die körperliche Untersuchung des Beschuldigten, § 81a StPO . .	829
1. Untersuchungsumfang	829
a) Einfache körperliche Untersuchungen	829
b) Blutprobenentnahme	829
c) Andere körperliche Eingriffe	830
2. Anordnungskompetenz	831
3. Rechtsschutz gegen körperliche Eingriffe	831
III. Unterbringung zur Beobachtung, § 81 StPO	831
1. Pflicht zur Anhörung eines Sachverständigen	832
2. Anhörung des Verteidigers	832
3. Weigerungsmöglichkeit des Beschuldigten	833
4. Sofortige Beschwerde	833
IV. Verteidigungsüberlegungen zur Begutachtung	833
1. Chancen und Risiken der Begutachtung	833
2. Beweisanspruch auf Erstbegutachtung des Beschuldigten	834
3. Auswahl des Psycho-Sachverständigen	835
4. Gutachterwechsel	836
5. Hinzuziehung eines weiteren Psycho-Sachverständigen	837
6. Beauftragung eines eigenen Sachverständigen	838

Teil 17

Zwischen Anklageerhebung und Hauptverhandlung

A. Abschluss der Ermittlungen	839
I. Verfahrenseinstellung	839
II. Anklage nach einvernehmlicher Herabstufung der Tatvorwürfe . .	840
B. Anklage zum Schwurgericht	841
I. Interventionsbedarf im Zwischenverfahren	841
1. Eröffnungswiderspruch	841
2. Einstellungsantrag	844
a) Schwerwiegende Verletzung des Grundsatzes des fairen Verfahrens	844
b) Auslieferungsrecht	845
aa) Grundsatz der Spezialität	845
bb) Rechtsverletzungen des ersuchten Staats	845
c) Strafklageverbrauch	845
d) Überlange Verfahrensdauer	846
e) Anderweitige Rechtshängigkeit	846
f) Verhandlungsunfähigkeit	846
3. Verweisungsantrag vom Land- zum Amtsgericht	847

II. Anstehende Nebenentscheidungen	848
1. Entscheidung über die Haftfrage	848
2. Vorläufiges Berufsverbot gem. § 132a StPO	848
III. Blickrichtung Nebenklage	849
1. Kein Beschwerderecht der Nebenklage	849
2. Abwehr der Nebenklage in Sonderfällen	849
C. Der Zivilprozess im Schlepptau des Ermittlungsverfahrens	849
I. Schadensersatzpflicht des Täters und Forderungsübergang	849
II. Forderungs- und Regressanmeldungen	850
1. Zivilprozessuale Wahrheitspflicht versus Einlassungsfreiheit	850
2. Aussetzungsmöglichkeit im Zivilprozess	851
D. Berufsrechtliche Konsequenzen	851
I. Ruhen der Approbation	852
II. Widerruf der Approbation	853

Teil 18

Vom Eröffnungsbeschluss bis zum Urteil

A. Vorbereitung der Hauptverhandlung	854
I. Administrative Vorarbeiten	854
1. Komplettieren der Aktenauszüge	854
a) Nochmalige Akteneinsicht vor Verhandlungsbeginn	854
b) Akteneinsicht während der Hauptverhandlung	856
2. Auswertung von Zeitungs- und Fernsehberichten	856
3. Anlegen einer Datenbank	857
4. Verlegung des Beschuldigten in ortsnahe Haftanstalt	857
5. Terminsabstimmung	857
6. Sicherungsverteidiger	858
7. Verstärkung der Verteidigerbank?	861
8. Anfordern des Ladungsplanes und letzte Akteneinsicht	862
9. Überlegungen zur Archivierungstechnik	862
a) Mitschrift durch Kanzleikräfte	862
b) Aufzeichnung der Hauptverhandlung durch das Gericht	862
c) Gestattung des Mitschneidens der Hauptverhandlung	863
10. Vorkehrungen gegen Racheakte	863
11. Platzkontingente	864
12. Schutz vor unseriöser Bildberichterstattung	864
II. Vorbereitung schriftlicher Erklärungen zur Sache	864
III. Befragungskonzept und Fragenkatalog	865

1. Zeugenbefragung	865
2. Vorbereitung auf den Psycho-Sachverständigen	865
IV. Anträge und Erklärungen zur Beweisaufnahme	867
1. Beanstandungen und Verwertungswidersprüche	868
2. Ladungs-, Beweis- und Ermittlungsanträge	870
a) Antrag auf Beiziehung von Krankenakten	870
b) Antrag auf Einvernahme des Notfallchirurgen	871
c) Rechtsmedizinisches Gutachten zu alternativen Ver- letzungursachen	871
d) Antrag auf Spurenauswertung	871
e) Antrag auf weiteres Sachverständigengutachten	872
f) Antrag auf Besichtigung der Tatörtlichkeit	873
V. Verfahrensrechtliche Anträge	873
1. Ablehnungsgesuche	873
2. Besetzungsfehler	874
3. Aussetzungsanträge	874
B. Die Hauptverhandlung	875
I. Der erste Hauptverhandlungstag	875
1. Der Weg in den Schwurgerichtssaal	875
a) Aufsuchen des Angeklagten in der Vorführzelle	875
b) Verstöße gegen das Fotografierverbot	875
c) Interviews mit Rundfunk- und Fernsehreportern	876
2. Nach Verhandlungsbeginn	877
a) Sitzordnung	877
b) Fesselung	877
c) Ausschluss der Öffentlichkeit	878
aa) Ausschluss gem. §§ 48 Abs. 3, 109 Abs. 1 S. 4 JGG	878
bb) Ausschluss gem. § 171a GVG bei Unterbringungs- möglichkeit	878
cc) Ausschluss gem. § 171b GVG zur Wahrung schutz- würdiger Interessen	878
dd) Widerspruch gegen Ausnahmen für Pressever- treter	879
3. Die Befragung des Angeklagten	879
4. Die Befragung von Mitangeklagten	879
II. Beweisaufnahme	880
1. Allgemeines zur Zeugenbefragung	880
a) Zeugenbelehrung durch den Vorsitzenden	880
b) Zusammenhängender Zeugenbericht, § 69 StPO	880
c) Aufspüren von „Sogwirkungen“ bei Zeugen mit Belastungstendenz	881

d) Keine Ortsbeschreibung ohne Anfertigung einer Handskizze	881
e) Vereidigung von Zeugen und Sachverständigen	881
2. Einvernahme der Zeugen	882
a) Notarzt und Rettungssanitäter	882
b) Die ersten Polizeibeamten vor Ort	882
3. Befragung des Gerichtsmediziners	883
4. Kriminaltechniker als Sachverständige und Zeugen	885
5. Der Ortstermin	885
6. Konfrontative Befragung des Psycho-Sachverständigen	886
7. Der Psycho-Sachverständige im Zeugenstand	887
8. Erklärungsrechte gem. § 257 StPO	887
9. Konflikte ums Beweisantragsrecht	887
10. Ausschließung des Angeklagten, § 247 StPO	887
11. Aussetzung gem. § 246 StPO	888
III. Rechtliche Hinweise gem. § 265 StPO	888
1. Grundlegendes zur Hinweispflicht	889
a) Inhalt des Hinweises	889
b) Zeitpunkt des Hinweises	890
c) Schriftform des Hinweises	890
d) Rückkehr nach Hinweis	890
e) Wiederherstellung der Öffentlichkeit	891
f) Protokollierungsbedürfnis	891
g) Unterbrechung oder Aussetzung	891
h) Revisionsrechtliche Überprüfung	892
aa) Verletzung der Hinweispflicht als Revisionsgrund	892
bb) Verletzung der Aussetzungspflicht	892
cc) Beruhensfrage	892
i) Verfassungsbeschwerde	892
2. Hinweispflicht bei rechtlichen Veränderungen	893
a) Alleintäterschaft und Mittäterschaft	893
b) Mord statt Totschlag	893
c) Änderung der Begehungsform des Mordes	893
d) Totschlag statt Mord	894
e) Gefährliche Körperverletzung statt versuchter Totschlag	895
f) Actio libera in causa	895
g) Vollrausch, § 323a StGB	895
h) Kein Hinweis bei Wegfall von § 21 StGB	895
i) Besondere Schuld schwere gem. § 57a Abs. 1 Nr. 2 StGB	895
j) Hinweis auf beabsichtigte Unterbringung	896

aa) Unterbringung im psychiatrischen Krankenhaus	896
bb) Unterbringung in einer Entziehungsanstalt	896
cc) Anordnung von Sicherungsverwahrung	896
3. Hinweis auf Veränderungen der Tatsachengrundlage	896
a) Erstreckung der Untersuchung auf weitere Vorgänge des Anklagesatzes	897
b) Veränderung des Tatzeitpunktes	897
c) Veränderung des Tatmodus	898
d) Austausch der Bezugstat bei Verdeckungsmord	898
4. Einstellung gem. §§ 154, 154a StPO	898
5. Einstellung gem. §§ 153, 153a StPO	899
IV. Haftentscheidungen im Zuge der Hauptverhandlung	899
1. Prüfungsumfang im Beschwerdeverfahren	900
2. Beschwerde des Angeklagten	901
a) Beschwerde gegen die plötzliche Inhaftnahme	901
b) Beschwerde gegen Ablehnung der Haftbefehlsaufhebung	901
3. Beschwerde der StA zur Haftfrage	901
V. Verständigungsbemühungen	902
VI. Die Plädoyers	904
1. Der Schlussvortrag des Staatsanwalts	904
2. Die Schlussanträge der Nebenklage	904
3. Das Plädoyer der Verteidigung	905
a) Grundlegendes	905
b) Zeitpunkt	905
c) Form	906
d) Allgemeines zum Aufbau	907
e) Zur Anwendung von Jugendstrafrecht	907
f) Ausführungen zur Strafhöhe	908
g) Stellungnahme zur Haftfrage	908
h) Hilfsbeweisangebote	909
4. Das letzte Wort des Angeklagten	909
5. Das letzte Wort der Erziehungsberechtigten (§ 67 JGG, §§ 258, 82 StPO)	909
VII. Das Urteil	910
1. Die Urteilsverkündung	910
a) Prozessuale Interventionen	910
b) Kritische Kommentare und Unmutsäußerungen	910
2. Der Freispruch	911
3. Aufhebung des Haftbefehls	911
4. Haftfortdauer und Saalverhaftung	911
5. Statement zu etwaigen Revisionsgründen	912

6. Rechtsmittelverzicht	912
7. Erhöhte Selbstmordgefahr	912

Teil 19

Rechtsmittel, Strafvollstreckung, Wiederaufnahme

A. Rechtsmittel der Verteidigung	913
I. Revision gegen den Freispruch gem. § 20 StGB mit Unterbringung	913
II. Revision gegen den Schuldspruch	913
1. Freispruch durch den BGH	913
2. Risiken einer unbeschränkten Revision	914
III. Revision gegen die Rechtsfolgen	915
IV. Revision gegen die Adhäsionsentscheidung	915
V. Sofortige Beschwerde	915
1. Kosten- und Auslagenentscheidung	916
2. Versagung oder Beschränkung einer Entschädigung	916
VI. Beschwerde gegen mitverkündete Haftentscheidungen	916
B. Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft	917
I. Revision der Staatsanwaltschaft	917
1. Urteilsanfechtung zulasten des Angeklagten	917
2. Urteilsanfechtung zugunsten des Angeklagten	918
II. Sofortige Beschwerde der StA gegen die Kostenentscheidung ..	918
III. Sofortige Beschwerde der StA gegen Entschädigung	919
C. Rechtsmittel der Nebenklage	919
I. Revision der Nebenklage	919
II. Sofortige Kostenbeschwerde der Nebenklage	921
D. Urteils- und Protokollberichtigung	921
E. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	922
F. Anhörungsrüge, § 356a StPO	922
G. Verfassungsbeschwerde	923
H. Menschenrechtsbeschwerde	924
I. Strafvollstreckung	924
I. Rückfälligkeit	924
II. Zuständigkeit für Vollstreckungsentscheidungen	925
III. Lockerungen bei lebenslanger Haftstrafe	925
IV. Reststrafenaussetzung	926

1. Begutachtung	927
2. Persönliche Anhörung	928
V. Maßregelvollzug	929
VI. Öffentliche Berichterstattung über Haftentlassung nach Strafverbüßung	929
VII. Widerruf der Aussetzung bei lebenslanger Freiheitsstrafe	929
J. Gnadenverfahren	930
K. Wiederaufnahme	930

Teil 20
Materialien

A. Mustertexte	932
I. Mustertexte für Schwurgerichtsverfahren	933
II. Protokoll der Befragung des Psycho-Sachverständigen durch den Verteidiger	971
B. Gesetzestexte	977
I. Synoptische Gegenüberstellung von Gesetzesänderungen zum Recht der Sicherungsverwahrung	977
II. Gesetz zur Therapie und Unterbringung psychisch gestörter Gewalttäter (Therapieunterbringungsgesetz – ThUG)	987
C. Tabellen und Schaubilder	993
1. Verdaulichkeitstabelle	993
2. Hilfen zur Todeszeitbestimmung	994
3. Temperatur-Todeszeit-Bezugsnomogramm	996
4. Tabelle zur BAK-Berechnung	997
5. Hutkrempe-Regel	999
6. Checkliste für Mängel in Psycho-Gutachten	1000
7. Das Spurenkreuz	1002
8. Zeugnisverweigerungsberechtigte	1003
9. Ebenen, Richtungs- und Lagebezeichnungen	1004
10. Die gesetzliche Vergütung– Tabelle in Schwurgerichtsver- fahren nach RVG	1008
D. Medizinische bzw. rechtsmedizinische Begriffe	1009
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>1047</i>
<i>Verzeichnis kriminalistischer Kurzabhandlungen</i>	<i>1059</i>
<i>Stichwortverzeichnis</i>	<i>1071</i>